

Wie handlungsfähig ist unsere Demokratie?

Diskussionsbeitrag von Paul Sörensen

Aus der Perspektive eines Politischen Theoretikers ist es naheliegend, die Leitfrage des heutigen Abends weniger in einer direkten Art und Weise zu beantworten, als sie vielmehr einer Problematisierung zu unterziehen, also die Frage als Frage in den Blick zu nehmen. Das mag zunächst einen etwas abstrakten Charakter haben, lässt in der Folge jedoch auch einige konkrete Schlüsse zu.

Ich werde meinen Beitrag auf drei Thesen stützen:

These I: Die Leitfrage des Abends (Wie handlungsfähig ist unsere Demokratie?) ist nicht zu beantworten – oder zumindest nicht ohne weiteres

These II: das ist nicht weiter schlimm

These III: Handlungsfähig wird die Demokratie durch die Demokratisierung der Demokratie (und der Ökonomie)

These 1: Die Leitfrage ist nicht, oder: nicht ohne weiteres, zu beantworten

Als politischer Theoretiker macht man immer sehr viel Aufhebens um die Begriffe, mit denen im öffentlichen Diskurs hantiert wird – und vor allem auch um ihre Umkämpftheit. Denn, das hat Friedrich Nietzsche mal sehr pointiert zum Ausdruck gebracht, exakt definieren lässt sich nur, was keine Geschichte hat – und die Begriffe unserer politischen und sozialen Sprache haben zweifellos alle eine Geschichte, und die ist von Deutungskämpfen und Machtverhältnissen durchzogenen.

Die Leitfrage der heutigen Veranstaltung operiert mit gleich drei höchst umkämpften Begriffen:

- Handlungsfähigkeit – dabei ist es alles andere als evident, *was* Handlungsfähigkeit kennzeichnet und mit Bezug *worauf* sie gemessen werden könnte – und *wer* überhaupt zum Handeln befähigt ist. Analytisch wäre es zudem wahrscheinlich sinnvoll, auch zwischen *Handlungsfähigkeit* und *Handlungswilligkeit* zu differenzieren.
- Uns – *wer* ist überhaupt das Wir, das der Rede von *unserer* Demokratie zugrunde liegt? Die Frage nach dem *demos* der Demokratie verweist geradezu paradigmatisch auf den Ambiguitätscharakter des Demokratischen.
- Demokratie – bereits ein oberflächlicher Blick in die Ideengeschichte der Demokratie zeigt, dass eine *Mannigfaltigkeit* an Bedeutungen existiert. Es handelt sich gewissermaßen um einen *leeren Signifikanten*.

Je nachdem, wie (und von wem) diese drei sehr *abstrakten Ideen* – die Idee der *Handlungsfähigkeit*, die Idee des *Wir/Kollektivs* und die Idee der *Demokratie* – konkret auf den *Begriff gebracht* werden, bekommt man es mit sehr unterschiedlichen, mitunter völlig konträren und konkurrierenden Antworten zu tun.

Anhängerinnen einer ‚marktkonformen Demokratie‘ werden darauf ganz andere Antworten geben als Verfechter eines ‚demokratischen Sozialismus‘, ökologiebewegte Basisdemokraten ganz andere als die EU-Kommission und die Immobilienlobby ganz andere als die Aktivist*innen der Kampagne *Deutsche Wohnen & Co. enteignen*.

Um es am Aspekt der Handlungsfähigkeit zuzuspitzen: wenngleich ich mir nicht sicher bin, was die Veranstalter*innen mit Handlungsfähigkeit gemeint haben, so könnte man es vielleicht mit *Problemlösungsfähigkeit* übersetzen – also der Befähigung zum Treffen von Entscheidungen in einem angemessenen Zeitraum, um ein Problem zu lösen.

Damit wird das Dilemma jedoch nur verlagert, denn ein Problem ist nicht einfach objektiv da (auch wenn das manchmal so scheinen mag), sondern die Bestimmung eines Sachverhalts als Problem ist seinerseits ein gesellschaftlicher, machtvoller Vorgang. Das heißt, dass in pluralen Gesellschaften im Zweifelsfall nicht nur unterschiedliche Problemlösungsangebote (Antworten) existieren, die miteinander in einen mehr oder weniger fairen Wettstreit um Unterstützung treten, sondern dass es auch divergierende Meinungen zum Problemcharakter eines Sachverhalts geben kann. Und selbst wenn die Identifikation eines Sachverhalts *als Problem* geteilt wird, kann dieser Sachverhalt aus unterschiedlichen Gründen als problematisch erachtet werden. Man kann sich das etwa am Beispiel der Corona-Pandemie vor Augen führen: ist Corona ein Problem der Ökonomie/Produktion? Oder ein Problem der gesellschaftlichen Reproduktion? Oder wie wieder andere meinen: gar keins?

Kurzum: die Leitfrage ist *nicht allgemeinverbindlich, sondern nur aus je konkreten Perspektiven zu beantworten* und die Antworten geben infolgedessen auch nur partikulare Ansichten wieder, auch wenn sie sich mitunter als universell darstellen.

Damit komme ich zu **These 2, dass das nicht weiter schlimm ist.**

Denn *dass* wir es mit unterschiedlichen, konkurrierenden und sich vielleicht sogar wechselseitig ausschließenden Begriffsdeutungen und normativen Parametern zu tun haben, ist an sich keineswegs problematisch, sondern Teil des politischen, demokratischen Deutungskampfes – und demokratische Gesellschaften können bzw. sollten damit mehr oder weniger gut umgehen können.

Das Bewusstsein dafür, dass die uns hier interessierende Frage (und auch alle anderen *politischen* Fragen) alles andere als evident und selbsterklärend sind, schafft überhaupt erst die Grundlage für die demokratische Auseinandersetzung mit Antworten auf diese Fragen.

Diesen Umstand zur Kenntnis zu nehmen *und* ihn zu tolerieren, ist Ausdruck eines ganz klassischen liberalen Ethos. Und wenn man das beherzigt, dann ist die abschließende Unbeantwortbarkeit politischer Fragen nicht weiter schlimm.

Es ist also schon mal etwas gewonnen, wenn wir uns Klarheit darüber verschaffen, auf welcher begrifflichen Grundlage jeweils argumentiert wird, dass diese Grundlagen unterschiedlich sind – und mithin gestritten wird bzw. werden muss.

Dieser Befund klingt vermutlich erstmal nicht nach viel und vermutlich nach einer typisch akademischen Aussage (alles ist umkämpft!). Es ist aber auch beileibe nicht nichts und zudem

lassen sich daraus durchaus einige ganze konkrete Forderungen dafür ableiten, was mir aus normativer demokratietheoretischer Perspektive zur Vitalisierung der Demokratie und zur Erhöhung ihrer Handlungsfähigkeit geboten scheint.

Diese Forderungen gehen freilich über den klassischen liberalen Rahmen hinaus, der da lediglich sagt, dass diese Umstrittenheit nicht schlimm, sondern vielmehr zu tolerieren sei. Um der Demokratie Willen, gilt es diesen Umstand aber nicht nur zu tolerieren, sondern sich *in ein affirmatives Verhältnis* dazu zu setzen.

Damit komme ich zur **dritten These**, dass die real existierende Demokratie als Demokratie dann – und nur dann – vital und handlungsfähig ist, wenn sie demokratisiert wird.

Was aber bedeutet *Demokratisierung der Demokratie*? Was soll es bedeuten, den Umstand der Umstrittenheit zu affirmieren?

Es heißt meines Erachtens, dass überhaupt erst die *Bedingungen der Möglichkeit* geschaffen werden müssen, um den demokratischen Deutungskampf in einer freiheitlichen und egalitären – also demokratischen – Weise stattfinden zu lassen. Genau daran scheitert die liberale Demokratie gegenwärtig und das ist auch der wahre Kern der unzähligen Demokratie-Krisendiagnosen der vergangenen Jahre. Der darin zumeist beklagte autoritäre Populismus ist jedoch nur ein Symptom, die Ursache liegt vielmehr in der Grundstruktur der liberalen Demokratie bzw. des demokratischen Kapitalismus selbst.

Denn aufgrund einer darin grundbegrifflich angelegten Überbetonung eines individualistischen Freiheitsverständnisses und den daraus resultierenden (auch) politischen Folgen, ist der an sich zu begrüßende demokratische Deutungskampf darin *blockiert*, er findet nur scheinbar oder bestenfalls eingeschränkt statt.

Eine demokratisch motivierte Antwort auf die Krise der real existierenden Demokratie kann insofern ausschließlich in der Demokratisierung der Demokratie bestehen. Verkürzt gesagt heißt das, dass die *gleiche, wirksame Teilhabe aller an der politischen Gestaltung der eigenen Lebensverhältnisse* überhaupt erst gewährleistet werden muss – denn das ist das Ideal der Demokratie.

Etwas konkreter gesagt erfordert das:

- 1) die Gewährleistung einer guten, umfassenden *Daseinsfürsorge* aus öffentlicher Hand
- 2) die Schaffung von *Orten der Partizipation*, zusätzlich zu den parlamentarischen Verfahren, bspw. Transformations- oder Regionalräte.
- 3) eine *Ausweitung der Gegenstandsbereiche demokratischer Deliberation und Entscheidungsfindung*, das heißt insbesondere auch eine Demokratisierung der derzeit überwiegend anarchisch verfassten Ökonomie.
- 4) das *politische Wahlrecht für alle*, die das betreffende politische Gemeinwesen bevölkern – zumindest auf kommunaler Ebene.
- 5) eine freiheitliche, demokratische *Selbstbegrenzung die Ausbeutung und Zerstörung der biophysischen Grundlagen menschlicher Existenz betreffend*.

Anregungen verdanken meine Überlegungen den Texten von Frauke Höntzsch: *Krise der liberalen Demokratie? Nein! Krise des individualistischen Liberalismus* (Neue Politische Literatur 2/2020), Stephan Lessenich: *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem* (Reclam 2019), Oliver Marchart: *Für einen parteilichen Universalismus. Radikale Demokratie zwischen Pluralismus und Antagonismus* (Allgemeine Zeitschrift für Philosophie 3/2019) und Armin Schäfer/Michael Zürn: *Die demokratische Regression* (Suhrkamp 2021).

Augsburg, 07.03.2022